

Auf ihrer Haushaltsklausur Anfang Juli hat die Niedersächsische Landesregierung drastische Sparmaßnahmen beschlossen. Auch wenn in der Presse der Eindruck entstanden ist, das Kultusministerium sei im Vergleich zu den anderen Ressorts noch glimpflich davongekommen, ist festzuhalten, dass die Kürzungen erhebliche Verschlechterungen für die Schulen bewirken werden.

Auf die Besoldungskürzungen (Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 50 Prozent), die Änderungen, die die Altersteilzeit der Lehrkräfte betreffen, und den Hochschulbereich soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Der Überblick konzentriert sich auf die wesentlichen Kürzungen, die den Schulbereich betreffen.

Abschaffung der Lernmittelfreiheit
Geplante Einsparung: 9,7 Millionen €

Laut Berechnungen des Landeselternrats kann der Wegfall der staatlichen Lernmittelfinanzierung Familien pro SchülerIn um 200 bis 300 € pro Jahr mehr belasten. „Familien mit drei, vier oder fünf Kindern trifft das schon ganz schön heftig, auch wenn die Eltern finanziell nicht im unteren Bereich liegen“, kritisiert der Vorsitzende des Landeselternrats Hans-Jürgen Vogel den Regierungsbeschluss.

Unklar ist noch, ob die Lernmittelfreiheit ersatzlos gestrichen wird oder ob es Ausnahmen für sozial bedürftige Familien geben soll. Überlegt wird alternativ, eventuell eine Art Verleihsystem einzuführen, bei dem Eltern für einen bestimmten Betrag die Bücher jährlich ausleihen können. Für Bedürftige würde dieser Betrag dann über die Sozialhilfe erstattet. Beide Ersatzlösungen dürften den bürokratischen Aufwand für die Schulen nicht mindern, sondern eher erhöhen.

Kürzung der Zuschüsse an die Privatschulen
Geplante Einsparung: 3,5 Millionen €, davon im Jahr 2004: 1,5 Millionen €

Zusammenlegung von NLI, Landesprüfungsamt und der Landeszentrale für politische Bildung
Geplante Einsparung: 2,6 Millionen €

Wie die Umorganisation im Einzelnen umgesetzt werden soll und welche personellen Folgen anstehen, ist zurzeit noch nicht endgültig entschieden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Angebote zur Fortbildung und zur politischen Bildung aufgrund dieser Maßnahme weiter reduziert werden.

Streichung von Mitteln für die Sprachförderung im Kindergartenbereich
Geplante Einsparung: 0,8 Millionen €

Bei der kürzlich erst eingeführten Sprachförderung werden Abstriche gemacht. Das Land will dadurch sparen, dass die Förderkurse nicht gleichzeitig in Kindergärten und Grundschulen angeboten, sondern gebündelt werden. So soll sichergestellt werden, dass alle Kinder, die die Hilfe benötigen, diese Hilfe auch bekommen (ca. jeweils 8 Prozent eines Altersjahrgangs). Tatsache bleibt, dass der Umfang des Angebotes auf Kosten der Kinder heruntergefahren werden wird.

Streichung der Hausaufgabenhilfe
Geplante Einsparung: 0,4 Millionen €

Hauptbetroffene dieser Sparmaßnahme dürften insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sein.

Kürzungen für die Vollen Halbtagsgrundschulen (VHTS)
Geplante Einsparung: 7 Millionen €

Die neue Landesregierung hat zwar zugesagt, dass sie diese Form der Grundschule nicht abschaffen will, wie es die SPD-Regierung beschlossen hatte; es ist aber damit zu rechnen, dass die Sparbeschlüsse die Ausstattung der VHTS mit Lehrerstellen erheblich verschlechtern werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Schule ihren Namen dann noch zu Recht trägt.

„Globale Minderausgaben“ des Kultusministeriums
Geplante Einsparung: 9 Millionen €

Diese Summe muss über die zuvor genannten Beträge hinaus im Haushaltsjahr 2004 vom Kultusministerium eingespart werden. Es wird im Laufe des Jahres geprüft, welche Bereiche mit weiteren Kürzungen zu rechnen haben.

Nach der Haushaltsklausur der Landesregierung

TIEFE EINSCHNITTE IM SCHULBEREICH

Die ursprünglich geplante Kürzung der Mittel für die überbetriebliche Ausbildung um 1 Million € ist nach Auskunft des MK zurückgenommen worden.

Im Jahr 2004 wird es keine zusätzlichen Stellen geben; lediglich die ausscheidenden Lehrkräfte werden ersetzt. Die Schülerzahlen steigen nach Angaben des Ministeriums um ca. 1000. Es ist damit zu rechnen, dass im nächsten Jahr ca. 2.000 Lehrerstellen frei werden. Davon sind zuerst die 700 Stellen der Lehrkräfte abzuziehen, die im November 2003 von der SPD eingestellt worden sind, ohne sie haushaltsrechtlich für die folgenden Jahre abzusichern. Außerdem sind mit den Ersatzstellen alle die Maßnahmen personell auszustatten, die die Landesregierungen für den Schulbereich beschlossen haben bzw. deren Finanzierung ausläuft.

Keine zusätzlichen Lehrerstellen im Jahr 2004

Im Klartext: Lehrerstellen, die eigentlich dafür vorgesehen sind, ausscheidende Lehrkräfte in den Schulen zu ersetzen, müssen für andere Maßnahmen eingesetzt werden. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen.

Beispiel 1: Das von der SPD eingeführte Programm „Stärkung der Hauptschule“ finanziert bis Ende 2003 für 190 Hauptschulen je eine halbe Sozialarbeiterstelle. Das Modell arbeitet sehr erfolgreich und sollte nach Plänen des Ministeriums mit weiteren 90 Stellen ausgestattet werden. Die zusätzlichen Stellen sind den Sparbeschlüssen zum Opfer gefallen. Die bisher über das o. g. Programm bezahlten Stellen müssen jetzt entweder ganz wegfallen oder sie werden aus umgewandelten Lehrerstellen finanziert, die dann natürlich den anderen Schulen fehlen, da anstelle einer bestimmten Anzahl von Lehrkräften sozialpädagogische Fachkräfte angestellt werden.

Beispiel 2: Es ist zu befürchten, dass der Zusatzbedarf an Lehrerstellen, der durch die Änderung des Schulgesetzes entsteht, ebenfalls komplett über den Ersatzbedarf abgedeckt werden muss:

- Die Aufteilung der SchülerInnen, die bisher die OS besucht haben, auf das gegliederte Schulwesen, führt aufgrund bestehender Regelungen zu einer höheren Anzahl von Klassen in den Jahrgängen 5 und 6. Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für pädagogische Forschung (DIPF) im OS-Gutachten entsteht dadurch eine Mehrbedarf von ca. 530 Lehrerstellen.

- Die Versetzung der OS-Lehrkräfte an die Schulen des gegliederten Schulwesens hat z. T. erhebliche Änderungen der Unterrichtsverpflichtung zur Folge und ergibt einen Zusatzbedarf von 420 bis 450 Stellen.

- In den ab 2004 in das Gymnasium eintretenden Jahrgängen muss aufgrund der für diese Jahrgänge beschlossenen Schulzeitverkürzung im Durchschnitt pro Jahrgang 12,5 Prozent mehr Unterricht erteilt werden. Daraus ergibt sich ein rechnerischer Mehrbedarf pro Jahr von ca. 125 Stellen.

Es wäre Pflicht der Regierung, den Stellenzusatzbedarf, der durch die Änderung des Schulgesetzes entsteht, durch zusätzliche Mittel zu finanzieren.

Entgegen den ursprünglichen Planungen wird die Landesregierung die 2001 von der Vorgängerregierung gestartete Initiative n-21 finanziell nicht mehr unterstützen. Bisher hat das Land die Initiative mit ca. 36 Millionen € gefördert, Unternehmen haben sich mit 19 Millionen € beteiligt, ca. 25 Millionen kamen von den Kommunen und Landkreisen. Das Projekt hatte zum Ziel, die Schulen mit Computern auszustatten und die Medienkompetenz der SchülerInnen zu fördern. Im Landesdurchschnitt steht inzwischen etwa 15 SchülerInnen ein Computer zur Verfügung. Zum Vergleich: In den skandinavischen Ländern beträgt das Verhältnis drei bis sechs SchülerInnen pro Computer.

Keine weiteren staatlichen Mittel für das Projekt n-21

Im Jahr 2003 haben sich bereits 1200 Schulen mit Multimediakonzepten um n-21-Fördermittel beworben, 931 Anträge wurden befürwortet. Es stehen in diesem Jahr noch 3,3 Millionen € zur Verfügung. Die reichen, um 345 allgemeinbildende und 55 berufsbildende Antragsteller zu bedienen. Die Finanzierungslücke beträgt laut Kultusminister Busemann 4,3 Millionen €. Da das Land nichts mehr zahlen wird, werden nun Spender und Sponsoren gesucht.

Eine mit einem riesigen Medienrummel und großen Worten gestartete Initiative, in die viele Schulen engagierte Arbeit gesteckt haben, endet mit der Spendenbüchse.

Weitere Einschnitte sind zu befürchten

Nach der Regierungsübernahme hat sich die CDU/FDP-Regierung dafür feiern lassen, dass sie zusätzlich zum Ersatzbedarf – wie vor der Wahl versprochen – 2500 Lehrerstellen ausgeschrieben hat. Die Sparbeschlüsse vom Juli zeigen eindringlich, dass man eine neue Regierung nicht vor den nächsten Haushaltsbeschlüssen loben soll.

Und es ist mit weiteren Einschnitten auch im Kultusbereich zu rechnen. Die neue Landesregierung hat nicht – wie bisher üblich – zusammen mit den Haushaltsplanungen für das jeweils nächste Jahr die mittelfristige Finanzplanung für die kommenden Jahre vorgelegt. Erst auf einer zweiten Haushaltsklausur im September 2003 wird sie die haushaltspolitischen Eckwerte für die nächsten Jahre festlegen. Es ist ein weiteres krasse Sparprogramm zu erwarten.

Im Bildungswesen können Sparbeschlüsse Verschwendung sein. HENNER SAUERLAND